



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/80 - 6. April 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-33
Fernschreiber 089 890

Politische Bestechungsversuche	S. 1
Zur Sturz Igor Lyssenkos	S. 4
Die Tarnorganisationen des Bundeskanzler- amtes	S. 5

Dr. Arndt enthüllt

sp. Am 11. März 1956 sprach Dr. Adolf Arndt öffentlich auf dem Bezirksparteitag Hessen-Süd der SPD in Limburg über die der geistigen Freiheit drohenden Gefahren und ging hierbei auch auf die Rolle des politischen Geldes ein. Dabei erwähnte er, dass in Düsseldorf bei der Abstimmung über das konstruktive Misstrauensvotum gegen den bisherigen Ministerpräsidenten Arnold und für den gegenwärtigen Ministerpräsidenten Steinhoff, die am 20. Februar 1956 stattfand, für eine Stimmabgabe zugunsten des bisherigen Ministerpräsidenten Karl Arnold politische Geldspenden in Einzelfällen bis zu 100 000.-- DM angeboten sind. Die Äusserung^{en} Arndts liessen keinen Zweifel darüber, dass es sich um politische Gelder gehandelt hatte, also um das Angebot von Spenden, die nicht etwa für das private Vermögen des einen oder anderen Abgeordneten bestimmt waren, sondern als politische Förderung zugunsten der Parteiorganisation jener Abgeordneten gewährt werden sollten.

Diese Äusserungen gewannen dadurch eine grosse Publizität, dass Politiker und Presseorgane der CDU sich verteidigten, obgleich die CDU überhaupt nicht angegriffen worden war. Arndt selber gab alsbald seiner Überzeugung Ausdruck, dass der frühere Ministerpräsident Karl Arnold von diesen Vorgängen sicherlich nichts gewusst habe. Trotzdem erstattete der frühere CDU-Kultusminister Rechtsanwalt Werner Schütz

6. 4. 1956

am 20. März bei dem Generalstaatsanwalt in Düsseldorf eine nach Form und Inhalt ungewöhnliche Strafanzeige gegen "Unbekannt" wegen Stimmenkaufs. In dieser Anzeige, die Schütz allen Gepflogenheiten widersprechend nicht nur den CDU- und SPD-Fraktionen des Bundestages sowie des Landtages von Nordrhein-Westfalen, sondern auch ausgerechnet Dr. Globke in Abschrift übermittelte, erhob Rechtsanwalt Schütz die befremdliche Forderung, dass Dr. Arndt eidlich über seine Wissenschaft vernommen werden solle, als ob Arndt ohne Eid nicht die Wahrheit sagen würde. Denn in einem Ermittlungsverfahren wird ein Zeuge lediglich dann vereidigt, falls es zur Herbeiführung einer wahrheitsgemässen Aussage erforderlich ist.

In seinem Antwortschreiben an den Generalstaatsanwalt wies Dr. Arndt darauf hin, dass seine Äusserungen bereits durch die Erklärung bestätigt würden, die der FDP-Bundesschatzmeister Rubin am 25. März 1956 in Düsseldorf vor der Presse abgab. Rubin hat darin erklärt, dass die Fördergesellschaften der Industrie ihre Zuschüsse an die FDP im Bunde sowie in Nordrhein-Westfalen und in Hessen eingestellt haben und dass die FDP künftig nur dann noch Unterstützungen von Geldgebern annehmen würde, wenn damit keine Bindung oder Auflage zugunsten einer bestimmten Koalition verbunden sei.

Die 'Kölnische Rundschau' vom 28. März 1956 fühlte sich bemüht, daran die Folgerung zu knüpfen, dass angeblich Arndts Äusserungen nach wie vor "völlig in der Luft" hingen, und es für ihn Zeit würde, seinen "Rückzug" fortzusetzen. Dabei konnte von irgendeinem Rückzug gar keine Rede sein. Auffallend war vielmehr im Gegenteil der mangelnde Sinn der 'Kölnischen Rundschau' für politische Sauberkeit. Ist es an sich schon fragwürdig, wenn politische Spenden nicht unmittelbar von einem Wähler aus seiner Überzeugung und in eigener Verantwortung an eine politische Partei gegeben werden, sondern wenn wirtschaftliche Machtgruppen sich zur Parteifinanzierung der Kulisse anonymer Fördergesellschaften bedienen, so wird jedenfalls die Grenze des politisch Zulässigen dann überschritten, sobald eine Spende nicht mehr nur zugunsten der Vertretung eines allgemeinen Programms gegeben wird, sondern daran in konkreten Fälle bestimmte Auflagen für die Regierungsbildung, also

praktisch für die einzelne Stimmabgabe in einem Parlament geknüpft werden.

Die Strafverfolgungsbehörden werden zu untersuchen haben, ob bereits ein derartiges Vorgehen der Fördergesellschaften den Tatbestand der Wahlbestechung im Sinne des § 108 b StGB erfüllt. Auf jeden Fall steht in der Öffentlichkeit unwidersprochen fest, dass die Fördergesellschaften versucht haben, einen verfassungswidrigen Druck auf die FDP auszuüben, um sie dazu zu zwingen, im Bund und in Nordrhein-Westfalen die Koalition mit der CDU aufrechtzuerhalten sowie keine Stimme gegen Arnold und für Steinhoff abzugeben. Dieser Versuch, die Politik durch das Versprechen oder die Verweigerung materieller Vorteile finanzieller Art zu lenken, hat die groteske Gestalt angenommen, dass die hessische FDP mit dem Abdrücken des Geldhahnes von den Fördergesellschaften darüber bestraft wurde, daß sie Euler keine blinde Gefolgschaft mehr leistet.

Zu der von Rechtsanwalt Schütz (CDU) gegen "Unbekannt" erstatteten Strafanzeige hat Dr. Arndt aufgrund zuverlässiger Informationen nunmehr der zuständigen Staatsanwaltschaft Düsseldorf mitgeteilt, dass ihm in glaubwürdiger Weise die folgenden, über seine bisherigen Behauptungen hinausgehenden Nachrichten bekanntgeworden sind. Dem FDP-Landtagsabgeordneten Wolfram Dorn aus Werdohl sollen für seine private Tasche 100 000.-- DM angeboten sein, falls er für Arnold stimme. Selbstverständlich ist Dorn darauf nicht eingegangen. Der beim Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP hauptberuflich tätige Angestellte Flossdorf ist nach diesen Mitteilungen von zwei Mittelspersonen angesprochen mit der Aufforderung, er solle Abgeordnete ausfindig machen, die bereit wären, gegen ein Entgelt von 50 000.-- DM zugunsten von Arnold zuzustimmen, wofür Flossdorf selber eine Vermittlungsgebühr von 20 000.-- DM zu erwarten habe. Mit Kenntnis seiner Organisation, insbesondere einiger massgeblicher FDP-Landtagsabgeordneten hat Flossdorf sich zum Schein auf diese Verhandlungen eingelassen, die mehrfach stattfanden, weil es Flossdorf daran lag, die Hintermänner und eigentlichen Geldgeber ausfindig zu machen, während natürlich niemand in der FDP auch nur daran dachte, sich durch einen solchen verwerflichen Anschlag auf die eigene Gewissensfreiheit und die politische Sauberkeit beeinflussen zu lassen.

Jetzt haben die für die Strafverfolgung zuständigen Behörden das Wort, um den Sachverhalt aufzuklären.

Opfer der Stalin - Entthronisierung

"Experimentieren Sie kühner, fürchten Sie
keine Fehler. Wir werden Sie unterstützen."
J.W. Stalin am 27.12.1935 an
Igor Lyssenko.

E.F. Autoritäre Staatssysteme haben es an sich, dass sie sich um Dinge kümmern und Dinge zu ihren eigenen machen, die sie als Staat eigentlich gar nichts angehen. Tritt ein solches "höheres" Staatsinteresse ein, erhalten oft rein wissenschaftliche Erkenntnisse eine ideologische Verbrämung. Entweder werden sie ganz nach den Wünschen des Staates verändert oder eine Teilerkenntnis in einem umfassenden wissenschaftlichen Gebiet wird als alleinseligmachend gepriesen. In der jüngsten Vergangenheit haben die modernen Diktaturen Teile der Vererbungsforschung zu einem staatlich "verzögerten" Kind der Wissenschaft gemacht.

Wir in Deutschland erinnern uns noch an die Erbgesetze des Dritten Reiches. Sie erhielten ihre scheinwissenschaftliche Untermauerung durch Leute wie Professor Günther und Dr. Jakob Graf. Ihre Erkenntnisse sind längst wieder eingereicht und auf den verhältnismässig kleinen Platz innerhalb der gesamten Vererbungsforschung gerückt, der ihnen zukommt.

Neben anderen Wissensgebieten wurde die Genetik auch in der Sowjetunion in den Dienst der Ziele des Staates gestellt. Es kann nicht abgestritten werden, dass Igor Lyssenko und Wladimirowitsch Mitschurin, als die beiden bedeutendsten Forscher dieser Epoche, zu wichtigen Entdeckungen gelangten. Zu Lyssenkos grössten Erfolgen gehört die Jarovisation des Weizens. Sie beruht darauf, dass man im Frühjahr gesätes Wintergetreide vor der Aussaat tiefen Temperaturen aussetzt. Es erfolgt dann eine normale Entwicklung, während sonst das Schossen des Wintergetreides bei Frühljarsaussaat nicht oder viel zu spät für die Ernte erfolgt. Der Kältereiz verändert die Gene (Eigenschaften) des Wintergetreides. Erst dadurch wurde es möglich, dass die Sowjets ihre Getreidefelder bis weit nach Sibirien ausdehnen und für die wachsende Bevölkerung genug Brot im eigenen Lande erzeugen konnten.

Die langjährigen Arbeiten I.W.Mitschurins haben endgültig die

Möglichkeit einer ausgedehnten Anwendung der Hybridisierung (Kreuzung) ganz verschiedener Pflanzenarten zwecks Erzielung wertvoller Ergebnisse nachgewiesen. Im Jahre 1930 erhielt er den ersten langerwarteten, auf der Erdkugel nach nie dagewesenen Weizen-Quecken-Hybriden. Es gelang ihm, einen mehrjährigen, perenierenden Weizen zu züchten. Die fortgesetzten Versuche haben dazu geführt, dass die neuen Formen des mehrjährigen Weizens unter Moskauer Klima- und Bodenverhältnissen zwei Ernten liefern.

Trotz dieser sichtbaren praktischen Erfolge müssen Lyssenko und Mitschurin jetzt dem alten Klassiker Vavilov weichen. Sie sind ein Opfer ihrer Theorien von der Erbllichkeit umweltbedingter Abänderungen geworden. Im Westen sind diese Theorien nie voll anerkannt worden, obgleich auch hier eine zeitlang einige Gelehrte von ihrer Richtigkeit überzeugt waren. Jedenfalls standen sie lange im Widerstreit der Meinungen. Der jetzt wieder zu Ehren gekommene Vavilov hat sich einen Namen in der Abstammungsforschung unserer Kulturpflanzen gemacht.

Für uns im freien Westen, die wir Lehr- und Meinungsfreiheit gewohnt sind, ergibt sich die Frage, wo die Sowjets die Grenzen ihres Titanensturzes ziehen wollen.

+ + +

Finanzierungs und Propagandakniffe

W.P. Kein informierter CDU-Mann wird ernstlich bestreiten wollen, dass der frühere Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Otto Lenz, zu den versierten Propagandisten und findigen Organisatoren der Partei gehört. Er wird nicht nur dem Wahlkampfstab für den nächsten Bundestagswahlkampf angehören, innerhalb des CDU-Vorstandes werden ihm auf dem bevorstehenden Parteitag in Stuttgart auch Chancen für den stellvertretenden Parteivorsitz zugeschrieben, ausserdem soll er tatsächlich auch heute noch über einen wesentlichen Einfluss auf die Verwendung des 12-1/2-Mill.-Geheimfonds des Bundeskanzlers verfügen.

Sein Einfluss auf diesen Fonds "zur Förderung des Informationswesens" hatte während seiner Amtszeit als Staatssekretär zur Gründung

6. 4. 1956

und zum Aufbau einer Serie von Tarnorganisationen geführt, deren Aufgabe lediglich darin bestand, unter harmlos erscheinenden Namen die Persönlichkeit des "Bundeskanzlers" herauszustellen und für seine Politik Propaganda zu machen. Millionenbeträge standen in den vergangenen Jahren und stehen auch jetzt für diesen Zweck zur Verfügung; Summen, die z.B. den Etatposten der von allen demokratischen Parteien geförderten "Bundeszentrale für Heimatdienst" bei- weiten übersteigen.

Ein Monopol der grössten Regierungspartei

Bezeichnend aber ist, dass von diesen Organisationen nicht einmal die Koalitionspartner der CDU jemals offiziell in Kenntnis gesetzt wurden, weil die Mittel des Bundeskanzlers ihrer Kontrolle ebenfalls nicht unterstanden. Hier wurden zwar Regierungsmittel für Zwecke der Meinungsforschung und Meinungsbeeinflussung ausgegeben, die allmächtige Regierungspartei enthielt jedoch ihren Partnern aus durchsichtigen Gründen sowohl eine Unterrichtung als auch eine Beteiligung vor.

So ist die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" seit ihrer Gründung im Dezember 1951 - unter Anwesenheit von Staatssekretär Lenz - stets das propagandistische Sprachrohr des Regierungschefs gewesen, das mit ihren zahlreichen Veranstaltungen, mit ihren Informationsblättern und Materialsendungen alle Entspannungstendenzen in der Welt auch dann noch ignorierte, als Dr. Adenauer persönlich in die Höhle des Löwen nach Moskau gegangen war. Die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" arbeitet noch heute mit einem System von Vertrauensmännern im gesamten Bundesgebiet und führt eine Kartei mit Zehntausenden Namen, an die regelmässig Sendungen und Propagandamaterial verschickt werden.

Kostspieliger Propagandaaufwand

Als angeblich "überparteiliche" Organisation entstand bereits Monate vor der Gründung der ADK - im Mai 1951 - die "Gesellschaft Freies Europa" unter ihrem damaligen Vorsitzenden Dr. Egbring, der gleichzeitig Vorsitzender des Bundesparteiausschusses Presse, Film und Funk der CDU war. Diese Tarnorganisation diente ebenfalls aus-

6. 4. 1956

schliesslich dem propagandistischen Belangen der CDU. Sie war seinerzeit besonders mit riesigen Plakaten, die den Schuman-Plan propagierten, hervorgetreten und versuchte, ebenso wie später die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise", über die Schulen (in diesem Falle durch die Veranstaltung von "Schüler-Preisausschreiben") für die Politik der Regierung zu werben.

Darüber hinaus gibt es inzwischen eine grosse Zahl weiterer Tarnorganisationen des Bundeskanzleramtes, die in sich eng miteinander und schliesslich auch mit der CDU verbunden sind, wie die "Arbeitsgemeinschaft für Wiedervereinigung", der "Politische Arbeitskreis Berlin", der "Bund aktiver Demokraten", die "Europäische Aktionsgemeinschaft" u.a., die wiederum mit einer Firma "Mobilwerbung" und ihren Studios in Bonn eng verbunden sind. Diese Organisationen veranstalten kostspielige Plakataktionen im gesamten Bundesgebiet (ein gegen die SPD gerichtetes Grossplakat der "Arbeitsgemeinschaft für Wiedervereinigung", das vor etwa einem Jahr an den Liffassäulen prunkte, hat nach unwidersprochen gebliebenen Schätzungen mindestens 300 000 DM, eine für den "Politischen Arbeitskreis" im Mehrfarbendruck hergestellte Broschüre "Scheibenwischer" 500 000 DM gekostet).

Alle diese Regierungstarnorganisationen stellen heute, nachdem die Koalitionspartner BHE und FDP ausgeschieden sind, praktisch private Propagandazentren des Bundeskanzlers Dr. Adenauer und seiner Partei dar.

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft

In den letzten Tagen brachte Dr. Lenz wieder eine neue Vereinbarung auf die Beine, die "Deutsche Atlantische Gesellschaft". Getreu der starren Aussenpolitik des Kanzlers soll die neue Gesellschaft dazu beitragen, der NATO zu einer neuen Bedeutung zu verhelfen. Hier sei nur an die jüngste Äusserung des NATO-Oberkommandierenden General Gruenther erinnert, wonach die NATO gegenwärtig nicht in der Lage sei, die Bundesrepublik im Falle eines Grossangriffs aus dem Osten zu verteidigen.

Hier ist nicht der Raum zu untersuchen, ob mit einer solchen Politik nicht wieder ein Weg von der Wiedervereinigung hinwegführt,

und auch nicht, was nun von Dr. Adenauers bekanntem Ausspruch zur Begründung der Pariser Verträge zu halten ist: "Wenn wir in der NATO sind, wird die Bundesrepublik verteidigt werden!". Die Atlantische Gesellschaft interessiert uns, weil sie gegründet wurde, um dazu beizutragen, "auch dem deutschen Volke zu Bewusstsein zu bringen, dass die NATO nicht allein eine Verteidigungsorganisation ist, sondern dass sie im besonderen Masse dazu dienen soll, die politischen und kulturellen Gemeinsamkeiten der in ihr zusammengeschlossenen Nationen zu fördern". Sie wird zu diesem Zweck - ebenso wie die vielen anderen Europa-Tarn-Organisationen, die von Subventionen leben - Veranstaltungen durchführen, Plakate herstellen und verbreiten, vielleicht auch Flugblätter verteilen lassen oder Preisausschreiben veranstalten. Der Geheimfonds "zur Förderung des Informationswesens" und andere Finanzierungsquellen werden für die Kosten aufkommen. Das Geld wird weiterfließen, solange die politischen Akteure im Sinne der Geldgeber tätig sein werden. Sonst wird der Geldhahn "abgedreht", wie das Beispiel der FDP beweist, welcher wegen ihres politisch selbständigen Verhaltens in Nordrhein-Westfalen und Hessen die monatlichen Zuwendungen von der Industrie gesperrt wurden.

+ + +

"Die Vereinigten Staaten versuchen im Grunde, die europäischen Nationen im Falle eines Krieges mit Russland als Brustwehr zu benutzen. . . Die Europäer . . . werden sich ihrer Situation bewusst, und sie reagieren darauf eher mit dem Wunsch nach dem Frieden und einer wirtschaftlichen Kooperation mit Sowjetrußland als mit dem Wunsch, sich für den nächsten Krieg vorzubereiten. Diese Vorbereitung auf den Krieg war, ungeachtet allen Gerätes vom Frieden, der beständige Inhalt unserer eigenen Politik".

Aus dem Buch von Louis Bromfield:

"Vom Unfug der Gewalt"

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau